Stand: 12.07.2025 13:14:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/306

"Gerechtigkeit herstellen und Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge steigern: Doppelverbeitragung von Betriebsrenten beenden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/306 vom 12.02.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 13.02.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1262 des GP vom 19.02.2019
4. Beschluss des Plenums 18/1440 vom 02.04.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 02.04.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.02.2019 **Drucksache 18/306**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier, Sandro Kirchner, Thomas Huber, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Radlmeier, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Manuel Westphal, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gerechtigkeit herstellen und Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge steigern: Doppelverbeitragung von Betriebsrenten beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für einen Entfall der Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten und für die Rücknahme der mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz eingeführten Berücksichtigung von Versorgungsbezügen in der Krankenversicherung der Rentner mit dem vollen Beitragssatz einzusetzen. Der Landtag begrüßt deshalb ausdrücklich den Entschließungsantrag der Staatsregierung zur Änderung der Verbeitragung von Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zur Steigerung der Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge (BR-Drs. 645/18). Es wird gebeten, im weiteren Verfahren darauf zu achten, dass die Finanzierung nicht über Beitragsgelder, sondern über eine Erhöhung des steuerfinanzierten Bundeszuschusses zum Gesundheitsfonds erfolgt.

Begründung:

Anfang der 2000er Jahre gab es erhebliche Finanzierungsprobleme in der GKV. Der Bundesgesetzgeber hat 2003 deshalb mit dem GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) ein umfassendes Reformpaket beschlossen. Bei der Auszahlung von Betriebsrenten oder Versorgungsbezügen wird seit 01.01.2004 der volle Beitragssatz in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung auf Betriebsrenten und Versorgungsbezüge erhoben. Dies führt auch dazu, dass Versicherte seit dem 01.01.2004 unter Umständen Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung aus einer Einkommensart leisten müssen, die bereits einmal verbeitragt worden war. Beiträge fallen folglich sowohl bei der Einzahlung in die betriebliche Rentenversicherung als auch bei der Auszahlung im Alter an. Diese sogenannte Doppelverbeitragung gilt auch für einige andere Konstellationen der betrieblichen Altersvorsorge. Zahlreiche Rentnerinnen und Rentner haben daher nicht das ursprünglich angestrebte Alterseinkommen zur Verfügung.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Sinne der Betriebsrentnerinnen und -rentner aktiv zu bleiben und sich auf Bundesebene weiter für ein Ende der Doppelverbeitragung einzusetzen, zumal die finanziellen Spielräume jetzt vorhanden sind. Der Landtag begrüßt ausdrücklich den Entschließungsantrag der Staatsregierung zur Änderung der Verbeitragung von Betriebsrenten in GKV zur Steigerung der Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge. Ziel muss sein, die sogenannte Doppelverbeitragung von Betriebsrenten in der GKV prospektiv zu beenden oder zu reduzieren. Dabei ist insbesondere die Möglichkeit zu prüfen, die Krankenversicherungsbeiträge in der Auszahlungsphase zu halbieren und damit Versorgungsbezüge wieder wie vor dem 01.01.2004 in die Bemessung der Krankenkassenbeiträge einzubeziehen.

Zudem würde damit eine Ungleichbehandlung im System beendet bzw. abgemildert: Denn mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz von 2017 sind seit 2018 zumindest staatlich geförderte Betriebsrenten (Riester-Betriebsrenten) in der Auszahlungsphase beitragsfrei gestellt. Wichtig ist aber, dass zur Finanzierung nicht Beitragsgelder herangezogen werden. Im Kern geht es nämlich um die Frage der Attraktivität der Betriebsrenten in der Altersvorsorge – und deshalb um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Vor dem Hintergrund der aktuell guten Finanzlage der öffentlichen Kassen, der demografischen Entwicklung und der zunehmenden Bedeutung privater Altersvorsorge muss es Ziel des Gesetzgebers sein, Bürgerinnen und Bürger, die selbst für ihr Alter vorsorgen, möglichst zu unterstützen. Klar ist: Die betriebliche Altersversorgung muss als wichtige und verlässliche Säule der Alterssicherung weiter gestärkt werden.

auf Bundesebene zügig voranbringen!", Drucksache 18/302. Verehrte Damen und Herren, die Abstimmung ist noch nicht eröffnet. Die Wahlurnen stehen bereit. Damit ist die Abstimmung eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18:01 bis 18:04 Uhr)

Damit ist die Abstimmung geschlossen.

(Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen zwei Abstimmungsergebnisse bekannt geben. Zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Zukunft des Religionsunterrichts für muslimische Kinder und Jugendliche sicherstellen", Drucksache 18/303: Mit Ja haben 63 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 122 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: Keine. – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Zweite Bekanntgabe: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD) betreffend "Islamunterricht an bayerischen Schulen verbieten", Drucksache 18/313: Mit Ja haben 19 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 153 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/304 mit 18/307 und 18/314 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe die **Listennummer 1** der **Anlage zur Tagesordnung** auf:

Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner (SPD)
Investitionsprogramm zur Schaffung von zusätzlichen
Lagerkapazitäten für Wirtschaftsdünger (Drs. 18/24)

Ich darf sicherheitshalber die Aussprachezeiten bekannt geben: CSU-Fraktion sechs Minuten, GRÜNE vier Minuten, FREIE WÄHLER vier Minuten, AfD vier Minuten, SPD vier Minuten und FDP drei Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Abgeordnete Ruth Müller.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute unseren Antrag auf der Drucksache 18/24 zur Installation eines Investitionsprogramms zur Schaffung zusätzlicher Lagerkapazitäten für Wirtschaftsdünger, umgangssprachlich auch Gülle genannt. Obgleich die FREIEN WÄHLER noch in der vergangenen Legislaturperiode unsere Forderung unterstützt haben, haben sie sich jetzt in der Regierung vom reflexhaften Verhalten der CSU anstecken lassen: Alle Forderungen der Opposition sind abzulehnen. – Die neue Regierungskoalition hat unser Ansinnen abgelehnt, weil man befürchtet, es könnte dann zu Verschärfungen im Düngerecht kommen und die Ausbringzeiten könnten infolgedessen verkürzt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, da muss ich Ihnen ausgerechnet heute, wo Sie die ersten 100 Tage ihrer Regierungszeit feiern, sagen, dass Sie wohl nicht ausreichend von Ihrem Koalitionspartner informiert wor-

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 19.02.2019 **Drucksache** 18/**1262**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/**306**

Gerechtigkeit herstellen und Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge steigern: Doppelverbeitragung von Betriebsrenten beenden

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Manuel Westphal**
Mitberichterstatterin: **Christina Haubrich**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 5. Sitzung am 19. Februar 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Zustimmung
   B90/GRÜ: 1 Ablehnung, 2 Enthaltung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Zustimmung
   FDP: Zustimmung
   Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 02.04.2019 **Drucksache** 18/**1440**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier, Sandro Kirchner, Thomas Huber, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Radlmeier, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Manuel Westphal, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**306**, 18/**1262**

Gerechtigkeit herstellen und Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge steigern: Doppelverbeitragung von Betriebsrenten beenden

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für einen Entfall der Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten und für die Rücknahme der mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz eingeführten Berücksichtigung von Versorgungsbezügen in der Krankenversicherung der Rentner mit dem vollen Beitragssatz einzusetzen. Der Landtag begrüßt deshalb ausdrücklich den Entschließungsantrag der Staatsregierung zur Änderung der Verbeitragung von Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zur Steigerung der Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge (BR-Drs. 645/18). Es wird gebeten, im weiteren Verfahren darauf zu achten, dass die Finanzierung nicht über Beitragsgelder, sondern über eine Erhöhung des steuerfinanzierten Bundeszuschusses zum Gesundheitsfonds erfolgt.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 8 der Liste. Dies ist der Antrag der Abgeordneten Rauscher, Fehlner, Halbleib und anderer (SPD) betreffend "Für ein buntes Bayern jetzt – 1 – Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen!" auf Drucksache 18/237, der auf Antrag der SPD-Fraktion einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich sehe keine. Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos) ist nicht anwesend. Die Frage, ob er sich einem Fraktionsvotum und welchem Fraktionsvotum er sich anschließen will, erübrigt sich damit. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Doppelte Anrechnung des Familiengelds auf Sozialleistungen vermeiden
Drs. 18/110, 18/501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	ENTH

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur sog. Prepperszene in Bayern
Drs. 18/113, 18/1044 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Seitenabstandsaufkleber 1,50 Meter zu Radfahrenden auf Heckscheiben der Polizei-Fahrzeuge
Drs. 18/153, 18/1046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende in Bayern II: Mehr Einsatz für Windenergie
Drs. 18/155, 18/678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	A

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl SPD
Kompetenznetzwerk Künstliche Maschinelle Intelligenz – Stärkung von KI-Kompetenzen an bayerischen Hochschulen
Drs. 18/203, 18/931 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Sichere Energieversorgung für den Wirtschafts- und Industriestandort Bayern durch sinnvollen Energiemix und Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke
Drs. 18/233, 18/1296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Familienfreundliches Teilzeit-Referendariat für Junglehrkräfte aller Schularten ermöglichen
Drs. 18/234, 18/681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

8. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Für ein buntes Bayern jetzt – 1
Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen!
Drs. 18/237, 18/749 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Zugabe von Mikroplastik dulden
Drs. 18/274, 18/1094 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
Pflegende Angehörige besser unterstützen I – Datenbank mit Angeboten etablieren
Drs. 18/277, 18/1257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
Pflegende Angehörige besser unterstützen II – Netzwerkarbeit und Care Management verbessern sowie Koordinierungsstelle Pflegeberatung schaffen
Drs. 18/278, 18/1258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
Pflegende Angehörige besser unterstützen III – Qualitätssicherung: Qualitätsstandards und -management
Drs. 18/279, 18/1259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	Z	A

13. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Horst Arnold u. a. SPD
„Ausbildungsoffensive Pflege“ auch in Bayern zügig umsetzen!
Drs. 18/281, 18/1260 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachbesserungen beim Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) auf Bundesebene
Drs. 18/285, 18/1261 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Bayerns Natur schützen – Die Verbreitung invasiver Tier- und Pflanzenarten stoppen
Drs. 18/304, 18/1299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel u. a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gerechtigkeit herstellen und Attraktivität der betrieblichen Altersvorsorge steigern: Doppelverbeitragung von Betriebsrenten beenden
Drs. 18/306, 18/1262 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	Z	Z

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Enthaltung“ zugrunde zu legen.

17. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
Beste Bildung und Betreuung unserer Jüngsten – Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes in Bayern
Drs. 18/316, 18/1271 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl,
Diana Stachowitz u. a. SPD
Vereinbarung für ein Fachkräfteprogramm
Drs. 18/321, 18/1297 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u. a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u .a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haus der Kunst – Wie geht es weiter?
Drs. 18/344, 18/930 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ENTH	Z	Z

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß,
Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u .a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander –
Bundesprogramm „Demokratie leben“ für Präventionsprojekte in Bayern
nutzbar machen
Drs. 18/383, 18/1272 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Trennung der Kinder von ihren Familien und keine Schwangeren in Abschiebehaft
Drs. 18/384, 18/580 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

22. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Volker Bauer, Barbara Becker u. a. CSU
Prävention vor und Management von invasiven Tier- und Pflanzenarten
Drs. 18/395, 18/1093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit von Wahlrechtsausschlüssen in Landesrecht umsetzen!
Drs. 18/420, 18/1291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen

24. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wahlrecht reformieren – Beseitigung der Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderung bei Wahlen
Drs. 18/443, 18/1292 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	ENTH	Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prekäre Situation für Forstabsolventen
Drs. 18/307, 18/1273 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

26. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib SPD
Bekenntnis zum Grundstückserwerb für die Uniklinik Würzburg
Drs. 18/223, 18/932 (ENTH)

Gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z